

## **B – Was Gerechtigkeit schützt**



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 25.11.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-G Was Gerechtigkeit schützt

### **Antragstext**

- 1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie, Krieg und zunehmende  
2 Wetterextreme
- 3 haben viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Viele Menschen  
4 mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft Einschnitte hinnehmen.  
5 Für  
6 viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage weggebrochen. Und bis  
7 weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene Lebenshaltungskosten für akute,  
8 bisweilen gar existenzielle Nöte.
- 9 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich ist, wenn  
10 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.
- 11 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und Zusammenhalt. Europa  
12 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von Millionen von  
13 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die Menschen  
14 in  
15 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können,  
16 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.
- 17 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte  
18 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU kann  
19 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten Wohlstand  
20 ermöglichen. Ein Wohlstand, der insbesondere insbesondere bei denen ankommen muss, die ihn  
21 erarbeiten. Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für  
22 klimaneutrales Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute  
23 Jobs für Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in  
24 Hand und bedingen einander.
- 25 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den Schutz jeder  
26 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die Rechte der  
27 Arbeitnehmer\*innen gegen Ausbeutung. Es achtet die Würde von Renter\*innen und  
28 Erwerbslosen.
- 29 Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der Bürger\*innen auf wirksame Medikamente  
30 und den Zugang zu hochwertiger und inklusiver Gesundheitsversorgung. Es sorgt dafür, dass  
31 Verbraucher\*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt dazu bei, dass Familien und  
32 alte Menschen besser abgesichert sind, Kinder eine gute Zukunft haben und ältere Menschen  
33 aktiv an der Gesellschaft teilhaben. Es ermöglicht jungen Menschen, neue Erfahrungen zu  
34 machen.

31 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale Union, die  
32 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben in Würde und  
33 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und einem  
Auskommen  
34 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein  
35 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

36 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst wird. Dafür  
37 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die Bedingungen dafür  
38 verbessern, dass alle Europäer\*innen noch einfacher und sicherer überall in der Union leben  
39 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

40 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne und starke  
41 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle in der EU,  
42 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale Infrastruktur die  
43 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion für  
44 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare  
45 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung wirksam vor.

46 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt und vor Ort  
47 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität sprechen, dann  
48 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung eines europäischen Sozialmodells,  
49 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle  
50 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die  
51 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der demografische  
52 Wandel die Arbeitswelt verändern.

53 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales Europa  
54 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten sozialen Politik.  
55 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen rechtsverbindliche  
56 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der Sozialstaat  
57 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale  
58 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

59 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen, das  
60 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das gerechte Europa  
61 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum Mailand, in der  
62 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair bezahlter  
63 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

64 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es bekämpft  
65 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die  
66 Gleichstellung von Frauen, die Inklusion, den Zusammenhalt zwischen den Generationen,  
67 Familien, den Schutz der Rechte des Kindes und die Einhaltung der Menschenrechte. So ist es  
68 im Gründungsprozess der EU angelegt. Für diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa  
69 wollen wir sein.

# 70 1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit

## 71 **Faire Löhne erreichen**

72 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen Mitsprache  
73 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Zu viele  
74 Menschen in Europa haben in den letzten Jahren unter spürbaren Reallohnverlusten und  
75 steigenden Lebenshaltungskosten gelitten. Wer von seiner Arbeit verlässlich leben und seinen  
76 Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann sich auch bei Veränderungen einbringen. Das  
77 stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute Standards in ganz Europa gestalten und prekäre  
78 Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke Sozialpartnerschaft und eine hohe  
79 Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für gute Arbeit.

80 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie schützt Wert  
81 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte in Europa  
82 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf unsere  
83 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat. Die  
84 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach klaren  
85 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir wollen, dass  
86 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird und die EU Empfehlung  
den

87 Mindestlohn an 60% des Medianlohns zu koppeln verbindlich gemacht wird. So würde der  
88 gesetzliche Mindestlohn in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten spürbar steigen und auch

89 in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für Beschäftigte bieten. Darüber hinaus soll mit  
90 der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden: Mitgliedstaaten mit einer  
91 tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan vorlegen.  
92 Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit Gerechtigkeit in der Mitte der  
93 Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite von Tarifverträgen in den letzten  
94 Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten  
95 tatsächlich greift, muss ein wirksames Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen  
96 Dumpinglöhne, damit Arbeit sich immer lohnt und eine Absicherung im Rentenalter  
97 gewährleistet ist.

98 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend ausbauen. Dafür

99 wollen wir zum einen die Europäischen Betriebsräte stärken, indem wir an der Seite der  
100 Gewerkschaften die EU-Kommission auffordern, endlich die bestehende Richtlinie zu den  
101 Europäischen Betriebsräten zu überarbeiten und Ausnahmeregelungen zu beenden. Die  
102 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische  
103 Betriebsräte wollen wir verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-  
104 Unternehmen in die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere  
105 Vertretung von Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen  
106 Betriebsräten ein.

107

108 Zum anderen setzen wir uns dafür ein, das Beteiligungsgesetz für die Societas Europaea  
109 (SEBG) in Hinblick auf die Vertretung von Arbeitnehmer\*innen im Aufsichtsrat zu prüfen.  
110 Insbesondere das "Vorher-Nachher-Prinzip" nehmen wir dabei in den Blick: Bei der Umwandlung

111 eines Unternehmens in eine Europäische Aktiengesellschaft darf es nicht mehr zum Einfrieren  
112 des bestehenden Mitbestimmungsniveau kommen.  
113

114 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue  
115 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von Arbeitnehmer\*innen ein, die  
116 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen abgestimmt ist.

117 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in einer sich  
118 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit ständiger  
119 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den Schutz der  
120 Arbeitnehmer\*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen. So stärken  
wir  
121 auch die Selbstbestimmung und das Potential älterer Arbeitnehmer\*innen. Zudem setzen wir  
uns  
122 für eine umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung und einen inklusiven Arbeitsmarkt  
123 ein.

124 Europaweit haben noch zu viele Menschen unfreiwillig keine Arbeit. Zur Stabilisierung des  
125 Arbeitsmarkts und der Wirtschaft stärken wir das Recht auf Arbeit auch durch staatliche  
126 Unterstützungsangebote und Investitionen. Insbesondere in den Strukturwandelregionen  
127 setzten wir uns für eine gleichwertige Anschlussbeschäftigung für Beschäftigte innerhalb der  
128 Region ein. Der Wandel dieser Regionen wird nur mit verlässlichen Angeboten zur  
129 Weiterbildung und Vermittlung gelingen.

130 **Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken**

131 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen entstehen  
132 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird flexibler,  
133 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Diese Veränderung darf sich nicht nachteilig zur  
134 Teilhabe von Frauen an der Arbeitswelt auswirken. Ausbeutung darf auch in der digitalen  
135 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte von  
136 Arbeitnehmer\*innen im digitalen Zeitalter ein. Die Zusammenarbeit im digitalen Arbeitsmarkt,  
137 beispielsweise in der Content Moderation, soll koloniale Kontinuitäten nicht neu  
138 verfestigen.

139 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale Dienste anbieten  
140 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Diese Unternehmen profitieren vom  
141 Modell der Scheinselbstständigkeit, das in der EU weit verbreitet ist. Die EU-Kommission  
142 schätzt, dass 4 Millionen der Arbeitnehmer\*innen in Plattformunternehmen  
143 Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen  
144 auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein, Scheinselbstständigkeiten, die zu  
145 schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender sozialer Absicherung führen, europaweit  
146 einen Riegel vorzuschieben. Faire Arbeitsbedingungen sollen auch in der Gig Economy gelten.  
147 Es braucht zudem bessere Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter  
148 anderem Arbeitsinspektionen stärken.

149 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und  
150 Arbeitnehmer\*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch  
151 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische Management. Die  
152 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und der  
153 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir beenden. Um  
154 die Rechte der Arbeitnehmer\*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen wir uns für  
155 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

156

157 Die Fortschritte in der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz bieten für  
158 Arbeitnehmer\*innen große Potenziale. Wir wollen diese für die Gestaltung guter Arbeitsplätze  
159 und faire Arbeitsbedingungen nutzen, so können sie als Assistenzsysteme die Arbeitsbelastung  
160 reduzieren. Die breite Beteiligung der Belegschaften ist ein zentraler Faktor für die  
161 Akzeptanz und eine gelungene Einführung solcher Systeme. Den Sorgen von  
Arbeitnehmer\*innen  
162 um Arbeitsplatzverluste tragen wir Rechnung. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen  
163 ihren Arbeitnehmer\*innen frühzeitig anbieten, sich über Fort- und Weiterbildung auf diese  
164 Entwicklung vorbereiten zu können. So erhalten sie Sicherheit und die Möglichkeit den Wandel  
165 mitzugestalten.

#### 166 **Freizügigkeit einfacher machen**

167 Dass EU-Bürger\*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein Grundprinzip  
168 der EU. Das eröffnet enorme Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU. Es  
169 stellt Arbeitnehmer\*innen zuweilen auch vor neue Herausforderungen, für die es europäische  
170 Antworten zu finden gilt. Damit das Modell des grenzüberschreitenden Leben und Arbeiten für  
171 die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung der  
172 nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

173 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger\*innen der EU Sozialversicherungsansprüche, die  
174 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können  
175 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein: Die  
176 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die  
177 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir wollen  
178 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen, um soziale  
179 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können und die  
180 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler\*innen abzubauen. Das möchten wir erreichen,  
indem

181 wir den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Sozialversicherungssystemen  
182 unbürokratisch sicherstellen und dafür die Vorteile der Digitalisierung nutzen.

183 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Ältere oder Menschen mit chronischen Krankheiten  
184 oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein Europäischer  
185 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die Übertragbarkeit von  
186 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung  
entbürokratisieren.

187 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales  
188 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern und einen

189 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

190 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele Beschäftigte zum Alltag  
191 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer\*innen geschätzt. Diese  
192 Entwicklungen unterstützen wir in ihrem Sinne dort wo es praktikabel ist. Wir wollen, dass  
193 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern prinzipiell  
194 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen wir uns  
195 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im  
196 Homeoffice zu arbeiten.

### 197 **Ausbeutung bekämpfen**

198 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer\*innen funktioniert, ist darüber hinaus ein  
199 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus Österreich in  
200 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien: Unionsbürger\*innen und  
201 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung,  
202 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

203 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, der 24-Stunden Pflege, bei  
204 Lkw-Fernfahrer\*innen, bei Saisonarbeiter\*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir  
205 sagen diesen Formen der Ausbeutung den Kampf an. Beschäftigte dieser Branchen leben und  
206 arbeiten oft an mehr als einem Ort in der Europäischen Union. Damit leisten sie einen  
207 substantiellen Beitrag zu einem funktionierenden Binnenmarkt und zur Aufrechterhaltung  
208 unserer Sozialsysteme, sind dabei aber zusätzlichen Risiken ausgesetzt. Wir wollen  
209 europäische Hebel gegen Scheinselbstständigkeit sowie Lohn- und Sozialdumping in diesen  
210 Bereichen nutzen. Ein wirksames Mittel können zudem regelmäßig stattfindende  
211 Arbeitsinspektionen sein, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie  
212 Schulungen in europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten  
verbessern

213 sollten. Der Schutz der Beschäftigten soll dabei an erster Stelle stehen.

214 Auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen  
215 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Dazu gehören auch passende Angebote zur Beratung und  
216 Teilhabe. Das Mandat der ELA sollte auf Drittstaatsangehörigkeit ausgeweitet werden. Wir  
217 begrüßen die stärkere Zusammenarbeit zwischen der ELA und den Gewerkschaften. Sie sollte  
218 zudem eine stärkere Rolle für gemeinsame koordinierte Inspektionen erhalten.

219 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von Subunternehmen  
zu

220 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich verankern. Immer  
221 wieder werden Arbeiter\*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in überfüllten  
222 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überteuerter Miete, die direkt  
223 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen wir  
224 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

225 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich Betroffene einfach  
226 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren Durchsetzung  
227 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche Finanzierung für die

228 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und  
Unterstützungsstrukturen  
229 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in der  
230 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische Zahlungen  
im  
231 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von Arbeitsnormen in der  
232 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität muss nun  
233 effektiv umgesetzt werden.

#### 234 **Kinderarmut abbauen**

235 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das entspricht  
236 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur nur sehr  
237 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen Mangel im  
238 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches  
239 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder Zugang zu einer gut ausgebauten Betreuung  
240 und sozialen Infrastruktur haben. Ihre Zukunft und die Förderung ihrer Potentiale  
241 entscheiden über unsere Zukunft als Gesellschaft.  
242 Die Europäische Kindergarantie soll sicherstellen, dass jedes von Armut und sozialer  
243 Ausgrenzung bedrohte Kind in Europa Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung,  
244 frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, angemessenem Wohnraum und gesunder  
245 Ernährung hat. Dabei geht es besonders um die Kinder, die heute schlechte Chancen haben. Wir  
246 wollen uns dafür einsetzen, dass die Kindergarantie europaweit mit konkreten Maßnahmen  
247 realisiert wird.  
248 Bei der Umsetzung der Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft  
249 sowie Kinder und Jugendliche aktiv ein.

250

251 Mit der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung auf unsere Initiative in Deutschland  
252 ein zentrales Instrument im Kampf gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht. Sie ist ein  
253 notwendiger Schritt dahin, dass es armutsgefährdeten Kindern besser geht, Armut nicht mehr  
254 versteckt wird und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder  
255 abgesichert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wandel weg von einer Holschuld der  
256 Eltern, hin zu einer Bringschuld des Staates europaweit Einzug hält. Um stärker voneinander  
257 zu lernen, fördern wir den europaweiten Austausch darüber, wie Familien besser unterstützt  
258 und ein gutes Aufwachsen aller Kinder in Europa sichergestellt werden kann.

#### 259 **Kinderrechte stärken**

260 Kinder haben eigenständige Rechte. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und bedürfen unseres  
261 besonderen Schutzes und unserer Fürsorge. Das Kindeswohl ist bei allen Angelegenheiten, die  
262 Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen. Besonderes Augenmerk muss auf dem Schutz  
der  
263 Kinder vor Gewalt und Vernachlässigung liegen. Die EU-Kinderrechtsstrategie wollen wir  
264 weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Wir wollen europäische Forschungs- und  
265 Praxisprojekte im Bereich des Kinderschutzes und der Kinderrechte fördern, um nationale

266 Erfahrungen, Praktiken und Modelle für die Weiterentwicklung des Kinderschutzes überall  
267 nutzbar zu machen.

### 268 **Soziale Mindeststandards verankern**

269 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Hohe  
270 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell verschärft.  
271 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen können, die  
272 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche  
273 Mindeststandards.

274 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme  
zu

275 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards mit  
276 einem individuellen Anspruch auf soziale Rechte für Betroffene in den Mitgliedstaaten  
277 verbinden. In diesem Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß  
278 ihrem jeweiligen Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute  
279 Arbeit fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland  
280 Rückenwind für einen starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

### 281 **Soziale Sicherung krisenfest machen**

282 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge gegen  
283 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale Lehre aus den  
284 Krisen der letzten Jahre sein. Die gerechte Beteiligung aller Bürger\*innen leitet dazu einen  
285 wichtigen Beitrag. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen krisenfest gemacht werden  
286 und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen ermöglichen. Krisenbedingte

287 Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber überfordert viele  
288 Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze EU. Mit dem europäischen  
289 Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der Coronapandemie finanzielle  
290 Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den Einsatz von  
291 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im Jahr  
292 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf dieser  
293 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein  
294 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen – und  
295 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen Ausnahmesituationen  
296 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

297

298 Junge Erwachsene brauchen in Zeiten multipler Krisen Perspektiven, die Mut machen und ein  
299 System, das sie im Notfall auffängt. Daher nehmen wir die europäische Jugendarbeitslosigkeit  
300 weiter in den Blick. Die europäische Jugendgarantie ist ein Weg um jungen Menschen  
301 berufliche Perspektiven zu eröffnen und als Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren.  
302 Wir begrüßen die Stärkung im Rahmen der Coronapandemie und setzen uns weiter für eine  
303 Verstärkung ein. Insbesondere die Standards der Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote  
304 wollen wir weiterentwickeln. Mit guter Beratung und Qualifizierung bekommt jeder junge  
305 Erwachsene in Europa die Chance einen Beruf zu erlernen.



**306 Wohnen bezahlbar machen**

307 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Für uns ist Wohnen ein  
308 Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge abgesichert sein. Wir wollen gesicherte  
309 Wohnverhältnisse für alle Menschen. Besonders in den Städten ist bezahlbarer Wohnraum  
knapp,  
310 vielerorts steigende Mieten und ein rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten  
311 Mieter\*innen bis in die Mitte der Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit.  
312 In den europäischen Großstädten wird besonders viel Wohnfläche für Kurzzeitvermietung  
313 beansprucht und so dem Mietmarkt entzogen. Steigende Mieten dürfen soziale Ungleichheit und  
  
314 Armutsriskien, beispielsweise für ältere Menschen, nicht weiter verschärfen. Wir wollen,  
315 beispielsweise mit Sanierungen im Bestand und Innenverdichtung, nachhaltigem Bauen, einer  
316 Fachkräfteoffensive und verbesserten Investitionen über die Europäische Investitionsbank  
317 (EIB), schnell mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Mit  
318 zusätzlichem barrierefreien und behindertengerechtem Wohnraum bekämpfen wir die  
Wohnungsnot.  
319 Investor\*innen, die europaweit im erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien und  
320 wertvollen Baugrund aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und Mietpreise in die Höhe.  
321 Die europaweite Konzentration auf wenige Investor\*innen auf dem Wohnungsmarkt schadet  
dem  
322 Wettbewerb und den Menschen. Wir setzen uns für transparente Geschäftspraktiken ein. Wir  
323 stellen die bestehenden europäischen Regelungen auf den Prüfstand, um Mieter\*innen in den  
324 Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu schützen und die Qualität unseres Wohnraums  
  
325 zu sichern. Dazu gehört auch der Schutz von Haushalten vor Indexmietverträgen. Vor dem  
326 Hintergrund der steigenden Lebenshaltungskosten wollen wir bestehende Indexmieten deckeln  
327 und neue beschränken.  
328  
329 Wir wollen die Bodenwende in Europa einleiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die knappe  
330 Ressource Boden in der EU vor Spekulationen geschützt wird. Wir begrüßen langfristige Miet-  
331 und Pachtmodelle durch die öffentliche Hand, statt kurzfristiger Verkäufe. den Boden- und  
332 Immobilienmarkt wollen wir stärker in das EU-Wettbewerbsrecht integrieren. Die Bewertung von  
  
333 Immobilien und Grund und Boden wollen wir europaweit gemeinwohlorientiert gestalten. Dafür  
334 wollen wir auch eine Änderung internationaler Rechnungslegungsstandards angehen, damit  
auch  
335 branchenübergreifend eine Integration von CO2 sowie weiterer sozial-ökologischer Werte in  
336 die Finanzbewertung mit aufgenommen werden kann.  
  
337 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den extremsten  
338 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit  
339 bis 2030 zu beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins  
340 Leben gerufen. Deren Maßnahmen wollen wir schnell umsetzen. Der Dialog zwischen den  
341 Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden., Dabei soll die Möglichkeit voneinander zu  
342 lernen und bewährte Konzepte wie Housing First oder Soziale Wohnraumagenturen  
flächendeckend  
343 zu adaptieren, gestärkt werden. Wir setzen uns im Sinne der betroffenen Menschen für

344 effektivere Prävention, ausreichend Wohnraum sowie individuellere, menschenwürdigere und  
345 unbürokratischere Angebote ein. Diese sollen auch Menschen mit psychischen Krankheiten und  
346 Suchterkrankungen besser versorgen. Die europäischen Fördermittel für entsprechende  
Vorhaben  
347 und Projekte wollen wir ausweiten .

## 348 2. Starke Regionen

### 349 **Kommunen stärken**

350 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen und Kommunen.  
351 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen. Starke  
Kommunen  
352 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der kommunalen  
353 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip – also  
354 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das  
355 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken und die Handlungsfähigkeit vor Ort  
356 durch ausreichende Ressourcen sichern.

357 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken soll, wo  
358 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben der  
359 Bürger\*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und das Ehrenamt  
360 gepflegt, hier kommen Menschen in Kinos, Restaurants, Parks oder Sportstätten zusammen.  
361 Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und mit einer  
362 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und  
363 Arbeitnehmer\*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf nicht dazu  
364 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen oder in ihrer  
365 kommunalen Planungshoheit beschränkt werden. Es braucht deshalb ein gutes Vergabe- und  
366 Konzessionsrecht, das soziale und ökologische Kriterien in den Mittelpunkt stellt – und  
367 dabei die Entscheidungen der öffentlichen Hand stärkt. Es fördert die Rechtssicherheit und  
368 ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige regionale Angebote zu entscheiden. So  
369 können Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Außerdem  
370 soll es ihnen möglich bleiben, die räumliche Nutzung zu steuern und zu begrenzen, um eine  
371 wohnungsnaher Versorgung zu gewährleisten. Indem wir in der EU die Rekommunalisierung  
372 vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für neue Entscheidungsspielräume vor  
373 Ort und eine zuverlässige Daseinsvorsorge. Wir unterstützen die Kommunen weiter dabei,  
374 diesen Weg zu gehen. Eine EU, die die kommunalen Gestaltungsspielräume verteidigt und  
375 ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

376 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine existenzielle  
377 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der Bürgerinitiative  
378 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit Trinkwasser  
379 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen  
380 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der Wasserversorgung aus  
der  
381 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

382 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die  
383 Zivilgesellschaft  
384 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb wollen wir  
385 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und  
386 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie die  
387 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden regionalen  
388 Wettbewerbsfähigkeit und Konnektivität (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und  
389 Regionen, genauso wie Wissenstransfer- und Netzwerkprogramme (z.B. Climate ADAPT). Diese  
390 Programme wollen wir stärken. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und  
391 Eurodistrikte) soll entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit  
392 grenzüberschreitenden Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler\*innen, der  
393 Zusammenarbeit der Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung  
394 maßgeblich und nah  
395 am Alltag der Bürger\*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.  
396 Wir setzen uns dafür ein, den Alltag von Grenzpendler\*innen und binationalen Familien durch  
397 Bürokratieabbau und Harmonisierung von Behördendienstleistungen und -prozessen zu  
398 vereinfachen.

### 397 **Zusammenhalt vor Ort fördern**

398 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort: anhand  
399 konkreter Projekte in den europäischen Regionen. Dort liegt wichtige Expertise zur  
400 Gestaltung des Wandels vor Ort. Eine effiziente Förderpolitik in der EU bezieht die Menschen  
401 vor Ort mit ein und ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen  
402 Wandels ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der  
403 Regionen in Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich  
404 in  
405 seiner Größe an den Herausforderungen orientieren.  
406 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese Herausforderungen  
407 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen Mitgliedstaaten.  
408 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei der  
409 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich. Strukturschwache und  
410 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und  
411 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt stellen,  
412 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.  
413 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große  
414 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen Menschen und  
415 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU mit  
416 einer besseren Förderung von strukturschwachen Regionen entgegenwirken. So stärken wir die  
417 Gestalter\*innen der Zukunft vor Ort und schaffen gute Perspektiven für die Regionen.  
418 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig Effizienz und  
419 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die Fördermittel an  
420 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische Sozialfonds  
421 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche  
422 Gründer\*innen, Angestellte und Arbeitsuchende beraten, unterstützt und lebenslang weiter

422 gebildet. Die Förderung langfristiger Projekte soll nicht durch Verzögerungen in den  
423 Beratungen der EU aufgehalten werden. Wir statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um  
424 über ihn unter anderem aktive Beschäftigungspolitik und verstärkt soziale Teilhabe zu  
425 fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Mittelverwaltung vereinfacht wird, die  
426 Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für eine  
427 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten Arbeits- und  
428 Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen wahrzunehmen,  
429 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum Standortvorteil.

430 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu entwickeln. Die  
431 Programme sind jedoch oftmals nicht ausreichend in der Breite bekannt und die Beantragung  
432 der Mittel und die Umsetzung der Förderungen sind oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl  
433 der Anträge und manche guten Projekte und Ideen werden nicht verwirklicht. Das ändern wir,  
434 indem wir uns dafür einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen, die Bekanntheit  
435 zu steigern und die Umsetzung von Projekten zu beschleunigen. Zur Vereinfachung der  
436 Strukturen prüfen wir das derzeitige System von Einzelfonds. Um bürokratische Hürden  
437 abzubauen, wollen wir unter anderem mehr Pauschalen und Fördermöglichkeiten einführen, die  
438 ehrenamtliche Antragsteller\*innen nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung befreien.  
439 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

440 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger\*innen und der Zivilgesellschaft  
441 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft gegenseitiges  
442 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung  
443 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche Beratungen  
444 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein.  
445 Digitale und hybride Formate sollen dabei eine familiengerechte Teilnahme ermöglichen. So  
446 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

#### 447 **Chancen in ländlichen Räumen nutzen**

448 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung ist für uns ein zentrales  
449 Ziel. Sie entscheidet erheblich über den Zusammenhalt in der EU. Die Verkehrswende kann die  
450 ländlichen Räume näher zusammenbringen.

451 Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell gestärkte Kommunen schaffen.  
452 Coworking-Spaces können Ortskerne wiederleben. Auch die ländlich geprägten Außenbezirke  
453 der  
454 Städte nehmen wir mit ihrem erheblichen Entwicklungspotential in den Blick. Die Menschen vor  
455 Ort sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine verlässliche  
455 Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen können. Wir wollen die

456 Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und multifunktionale  
457 Einrichtungen

457 unterstützen, die beispielsweise generationenübergreifende Projekte mit Jugendlichen und  
458 älteren Menschen durchführen. Um das zu erreichen, wollen wir Förderansätze wie LEADER zur  
459 Unterstützung ländlicher Regionen und den Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter  
460 stärken. Die Förderung des ländlichen Raums über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für  
461 die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) soll mit den sogenannten Kohäsionsmitteln besser

462 verzahnt und ausgebaut werden und so besser zur Strukturentwicklung der ländlichen Räume  
463 beitragen.

464

465 Energie wird wieder zunehmend auf dem Land erzeugt, das schafft hier zusätzliche  
466 Wertschöpfung. Dazu soll sie dezentral ins Stromnetz eingespeist und genutzt werden. Die  
467 notwendigen Flächen wollen wir sichern, aber den Flächenverbrauch dabei minimieren und  
468 konsequent Mehrfachnutzen mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen,  
469 Biodiversitäts-Photovoltaik oder mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen.  
470 Den Ausbau der Erneuerbaren werden wir weiterhin vorantreiben und die Modernisierung von  
471 Wirtschaft und Gesellschaft durch den gezielten Einsatz von Förderungen so unterstützen,  
472 dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Regionale landwirtschaftliche  
473 Wertschöpfungsketten und naturnahe Waldbewirtschaftung sind auch weiterhin wichtige  
474 Wirtschaftsfaktoren und prägend für diese Räume.

### 475 **Vergaberecht modernisieren**

476 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung des Green  
477 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine sichere Zukunft,  
478 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen Kriterien  
479 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für eine  
480 gerechte und zukunftsfeste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische  
481 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am Menschen  
482 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die europäische  
483 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen Arbeitsmarkt: Es  
484 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs werden. Ein  
485 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer\*innen in ganz Europa.

486 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel wollen wir  
487 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollen in der EU  
488 konsequent nachhaltig und gemeinwohlorientiert erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für  
489 öffentliches Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeits- und  
490 Gemeinwohlkriterien ausrichten. Das begünstigt auch die Vergabe an kleine und  
491 mittelständische Unternehmen und stärkt so die regionale Wertschöpfung.

492 Ein intakter öffentlicher Raum und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ist die Grundlage  
493 unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir möchten dass die EU Maßnahmen ergreift,  
damit

494 Aufgaben nicht nur ausgeschrieben, sondern auch vergeben werden können. Transparenz,  
495 Entbürokratisierung, Digitalisierung, Beschleunigung und unkomplizierte Verfahren bleiben  
496 unsere Leitlinien. Notwendige Investitionen sollen nicht über Gebühr hinausgezögert werden.

497 Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die Vergabe öffentlicher Aufträge  
498 bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare Beschaffungspolitik minimiert. Die

499 einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive Unterstützung für kleine und lokale  
500 Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei  
501 für Gerechtigkeit. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten  
502 Konditionen.

### 503 3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung

#### 504 **Gesundheitskrisen europäisch bewältigen**

505 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt und fördert.

506 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen für unsere  
507 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir ihnen  
508 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der  
509 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch langjährige  
510 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zustande  
gekommen

511 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen und  
512 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei Grenzschließungen  
513 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische Notsituationen  
514 abgefedert. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die  
515 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und zwischen den  
516 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu bewältigen.

517 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die Krisenvorsorge zu  
518 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene zusammenarbeiten. Die EU  
519 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen. Sie  
520 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen wir uns  
521 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale Gesundheitsinitiativen  
522 politisch, finanziell und personell zu stärken, die Innovationskraft der europäischen  
523 Gesundheitsforschung stärker zu fördern sowie den globalen Zugang zu bezahlbaren  
524 Medikamenten und Gesundheitsdienstleistungen für alle Menschen zu verbessern.

525

526

527 Das ist eine Frage der Solidarität, denn Gesundheitskrisen treffen die Ärmsten häufig am  
528 stärksten. Es liegt aber auch in unserem Eigeninteresse, denn Pandemien sind globale  
529 Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer  
530 bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole auf geistiges Eigentum  
531 zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen  
Schutzmaterialien,

532 Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht verhindern. Wo freiwillige  
533 Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, unterstützen wir in Gesundheitskrisen und  
534 Pandemiesituationen Anträge auf Erteilung von verpflichtenden Lizenzen gegen  
Entschädigungen

535 für diese Güter und bringen uns in diesen Kontexten bei der WTO für temporäre Aussetzungen  
536 von Patenten ein.

537

538 Unser Ziel ist, dass alle EU-Bürger\*innen krankenversichert sind. Daher wollen wir eine  
539 bessere Koordination sozialer Sicherungssysteme in Europa einschließlich direkter  
540 Abrechnungsmöglichkeiten zwischen den Krankenversicherungsträgern.

541 Prävention stärken

542 Wir stellen Prävention und Gesundheitsförderung in den Mittelpunkt unserer

543 Gesundheitspolitik. Denn so können wir verhindern, dass Krankheiten überhaupt erst

544 entstehen. Gute Strukturen der Vorsorge, bessere Aufklärung über Krankheitsrisiken und ein  
545 gesunder Lebensstil sind wichtige Bausteine für mehr Lebensqualität und eine höhere  
546 Lebenserwartung. So können wir auch Krankheiten, wie Adipositas, Diabetes mellitus und Herz-  
547 Kreislauf-Erkrankungen vorbeugen. Um es für die Verbraucher\*innen leichter zu machen, sich  
548 gesund zu ernähren, wollen wir für verlässliche Informationen über Inhaltsstoffe in  
549 Lebensmitteln sorgen. Wir wollen die Entstehung von tabak- und alkoholassoziierten  
550 Krankheiten bestmöglich verhindern. Dafür braucht es stärkere Bemühungen zur Reduzierung  
551 riskanter Formen des Alkoholkonsums und des Tabakgebrauches etwa durch eine Reduzierung  
des  
552 Nikotingehalts in Tabak- und Nikotinprodukten. Wir bekennen uns zu den Zielen des  
553 Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung. Demzufolge soll unter anderem der Anteil der  
554 Raucher\*innen an der EU-Gesamtbevölkerung bis 2040 unter 5% fallen. Lücken, die bei  
Werbung  
555 z.B. auf sozialen Plattformen und insbesondere im Bereich des Sponsorings, noch bestehen,  
556 sind jetzt EU-weit zu schließen. Der Jugendschutz gebietet es auch, für Alkohol, Glücksspiel  
557 sowie Sportwetten Werbebeschränkungen voranzutreiben.  
558 Um künftigen Gesundheitskrisen besser begegnen zu können, wollen wir neben der Erforschung  
  
559 von Krankheitsursachen und neuen Behandlungsmethoden auch die präventive  
560 Gesundheitsforschung stärken.  
561 Die EU soll darauf hinwirken, die globale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zulassung und  
562 Überwachung von Arzneimitteln zu vertiefen.

### 563 **Lehren aus der Pandemie ziehen**

564 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten Zeichen  
der  
565 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den Folgen einer  
  
566 Covid-19-Infektion (Long-/Post-Covid) und etliche an den deutlich seltener auftretenden  
567 Folgen einer Covid-19-Impfung (Post-Vac). Deshalb wollen wir auf europäischer Ebene die  
568 Forschung zu Infektionskrankheiten, wie Covid-19 und deren Folgekrankheiten (z. B.  
569 Herzmuskelentzündungen oder ME/CFS) intensivieren und Forschungsgelder dafür zur  
Verfügung  
570 stellen. Zudem braucht es dazu mehr europäischen Austausch, beispielsweise durch ein EU-  
571 Sachverständigenetzwerk. Prävention steht im Zentrum unseres Handelns. Insbesondere für  
572 Menschen mit Erkrankungen und für Schattenfamilien ist das ein wichtiger Baustein zur  
573 gleichberechtigten gesellschaftliche Teilhabe. Dazu gehört auch, dass gesunde Luft in  
574 Innenräumen eine Selbstverständlichkeit wird.  
575  
576 Pandemien treffen nicht alle gleich. Einkommensarme Menschen und prekär Beschäftigte sowie  
577 Menschen in großen Einrichtungen sind deutlich häufiger von Covid-19 betroffen. Diese  
578 Gruppen müssen bei der nächsten Pandemie verstärkt in den Blick genommen werden.  
  
579 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer sogenannten  
580 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde. Damit  
581 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit nicht isoliert

582 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der  
583 Tiergesundheit steht. Deshalb sind der Planetary-Health und der One-Health-Ansatz Leitbilder  
584 für unsere Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für Tiere und Natur sowie eine Reduzierung  
585 industriell gehaltener Tierbestände helfen im Kampf gegen Zoonosen; weniger Antibiotika in  
586 der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere Luft und weniger  
587 Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

588 Wir brauchen insbesondere ein wirksames europäisches Frühwarnsystem gegen Pandemien, um  
589 gefährliche Erreger frühzeitig erkennen zu können und Informationen darüber transparent zur  
590 Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind Pandemie-Szenarien regelmäßig zu üben, vor allem  
591 damit der rasche Aufbau einer Krisen- und Notfallorganisation gewährleistet ist.

## 592 **Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen**

593 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig, konfliktreich  
594 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen sind. Diese

595 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei vielen jungen  
596 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
597 seelische Gesundheit die nötige Aufmerksamkeit zuteil wird und Betroffene nicht länger unter  
598 der Stigmatisierung leiden müssen. Das wollen wir auch mit Unterstützung aus Europa  
599 erreichen. Wir setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch  
600 dafür, die bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen  
601 besser zu behandeln. Um die Patientensicherheit zu gewährleisten, braucht es europaweit  
602 vergleichbare gesetzliche Regelungen und geschützte Berufsbezeichnungen zum Beispiel für  
603 Künstlerische Therapien. Die Forschung zu kreativen Therapieansätzen unterstützen wir.

604

605 Wir treten für eine Vernetzung von Expert\*innen in Europa ein und wollen zusammen mit den  
606 Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln, , auch um eine gemeindenahe,  
607 menschenrechtsbasierte Versorgung weiter zu stärken, die Versorgungssicherheit zu erhöhen  
608 und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Da die Ursachen für mentale Gesundheitsprobleme  
vielfältig

609 sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die  
610 Auswirkungen auf die mentale Gesundheit übergreifend in allen relevanten Politikfeldern  
611 mitgedacht werden. Das gilt auch für die Auswirkungen von psychischen Erkrankungen und  
612 Neurodiversität. Dafür braucht es ein größeres Problembewusstsein in der EU und ihren  
613 Institutionen. Wir begrüßen in dieser Hinsicht die Strategie der EU-Kommission für  
614 psychische Gesundheit und setzen uns für eine möglichst rasche und umfassende Umsetzung  
ein.

615 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die Betroffenen häufig  
616 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen. Die  
Pandemie

617 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit  
618 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Inklusion, Teilhabe und  
619 Integration ein.



**620 Arzneimittelversorgung sicherstellen**

621 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens: alternde  
622 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die  
623 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und ihren  
624 Wirkstoffen zu stark von Herstellern mit unzuverlässigen Lieferketten abhängig ist – und  
625 damit häufig auch eine Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten  
626 Umweltstandards in Kauf nimmt. Dabei leiden vulnerable Gruppen besonders unter  
627 Arzneimittelknappheit.

628 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat die EU-  
629 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir begrüßen die  
630 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und nachhaltiger zu machen  
631 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser vorzubeugen und  
diese  
632 früher zu melden. Auch Apotheken tragen zu einer verlässlichen Arzneimittelversorgung bei.

633 Um Unternehmen zu ermutigen, neue Arzneimittel, Wirkstoffe und Medizinprodukte in Europa zu

634 entwickeln und zu produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei  
635 setzen wir zwei Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit  
636 unentbehrlich sind, beispielsweise wichtige Antibiotika, durch krisenfeste Lieferketten  
637 zuverlässig verfügbar sein. Hierzu kann die teilweise Rückverlagerung von Produktion nach  
638 Europa einen Beitrag leisten. Zweitens müssen für bislang vernachlässigte Krankheitsbilder  
639 und angesichts der Entstehung von Therapie-Resistenzen neue Anreize für die Entwicklung  
640 medizinischer Innovationen geschaffen werden, das schließt insbesondere neue  
641 Finanzierungsmodelle wie angepasste Vergütungsmodelle für Reserve-Antibiotika ein. Die  
642 Anreize für Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen nicht  
643 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von  
644 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für geschlechtersensible  
645 Forschung und Medizin ein, damit Wissenslücken über die geschlechtsspezifischen Unterschiede

646 bei Diagnose und Behandlung geschlossen und berücksichtigt werden. Ebenfalls sollen Studien  
647 im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin intensiviert werden, um sicherzustellen, dass der  
648 Zugang zu sicheren und wirksamen Arzneimitteln verbessert wird. Zugleich muss insbesondere  
649 bei Studien zu neuen Arzneimitteln und Behandlungsmethoden die Vielfalt der Menschen  
stärker

650 berücksichtigt werden.

651 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden. Der Mangel an  
652 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu immensen  
653 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung eingesetzt  
654 werden, muss das in der Regel mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung  
655 sowie die Preisgestaltung einhergehen. Außerdem sollten öffentlich unterstützte  
656 Entwicklungsprojekte dafür Sorge tragen, dass resultierende Arzneimittel in Ländern des  
657 Globalen Südens ausreichend zugänglich gemacht werden.

**658 Gesundheitsdaten sicher nutzen**

659 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die gesundheitliche  
660 Versorgung von Patient\*innen und die Forschung. Krankheiten können besser diagnostiziert,  
661 Krankheitsursachen erforscht, unnötige Untersuchungen vermieden und die Behandlung von  
662 Patient\*innen zwischen verschiedenen Ärzt\*innen und Krankenhäusern grenzüberschreitend in  
663 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb  
europaweit

664 den Zugang zu digitalen Patient\*innen-Akten ermöglichen.

665 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz umfassende IT-Sicherheit und einen  
666 persönlichen Zugang zu den Daten, die über sie gespeichert sind, die Rechte der  
667 Patient\*innen stärken. Das ist grundlegend für das Vertrauen der Menschen in die  
668 Verarbeitung von Gesundheitsdaten. Dabei können eine grundsätzliche Transparenz bei der  
669 Datenverwaltung und technische Lösungen wie ein digitaler Einwilligungsassistent  
670 unterstützen. Denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören zu den sensibelsten und  
671 persönlichsten Daten überhaupt.

672 Um das Innovationspotential für eine bessere Gesundheitsversorgung zu heben und gleichzeitig

673 keine Daten gegen den Willen der Patient\*innen weiterzugeben, setzen wir bei  
674 pseudonymisierten Gesundheitsdaten auf die Möglichkeit des Widerspruchs (Opt-Out) und den  
675 Fokus auf gute Datenqualität. Damit wollen wir die Datenverfügbarkeit für  
676 gemeinwohldienliche Forschung erhöhen und öffentlichen Stellen in Notsituationen bessere  
677 Einschätzungsmöglichkeiten an die Hand geben. Dies stellt einen wichtigen Paradigmenwechsel

678 in der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu größeren  
679 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die Versorgung  
der

680 Patient\*innen verbessern. Eine Rückverfolgbarkeit der Daten soll so weit wie möglich  
681 ausgeschlossen und Verstöße dagegen strafrechtlich verfolgt werden. Umfassender Schutz vor  
682 Diskriminierung für alle und besonders die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen umfassend

683 berücksichtigt werden.

684

685 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen sind einheitliche  
686 Datenformate und Schnittstellen, um eine Zusammenführung von Daten und eine  
687 grenzüberschreitende Nutzung in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und  
688 verpflichtende Nutzung von international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen  
689 Schnittstellen durch die Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

**690 Antibiotikaresistenzen eindämmen**

691 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet sein. Daher  
692 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren. Durch  
einen

693 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und Verbreitung  
694 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten gesundheitlichen  
695 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen Immunsystemen

wie

696 Älteren, Kindern oder Menschen mit Vorerkrankungen führen sie jedes Jahr zu  
Hunderttausenden

697 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika und hochpotente  
698 Desinfektionsmittel nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht bzw. wo sie  
699 jeweils geeignet sind.

700 nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht. Wir wollen den umsichtigen Einsatz  
701 von Antibiotika in der Human- und Tiermedizin stärken und die Forschung fördern. Zudem  
702 sollten schnelle Diagnostiktests, die vor einer Verschreibung überprüfen, ob die Behandlung  
703 mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar sein.

704 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin vorbehalten bleiben  
705 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den entsprechenden  
706 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen Produkten  
707 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch Maßnahmen für  
708 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von Antibiotikarückständen in  
709 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer  
710 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

### 711 **Eine gute Pflege sicherstellen**

712 Ein starkes öffentliches und diskriminierungsfreies Gesundheitswesen und eine  
713 bedarfsgerechte Pflege und Assistenz für ältere, kranke und behinderte Menschen sind  
714 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu fördern. Der  
715 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch hier in  
716 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die berufliche  
717 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die Arbeitsbedingungen des  
718 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für  
719 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen innerhalb der  
EU

720 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für wettbewerbsfähige  
721 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen Branchen ein.  
722 Wertschätzung braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge.  
723 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen, insbesondere in Wohn- und  
724 Pflegeformen, die ein selbstbestimmtes Leben im Quartier und Lebensumfeld ermöglichen,  
725 Pflegeangebote sowie in die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Diese müssen  
726 attraktiver ausgestaltet und durchlässiger in der beruflichen Weiterentwicklung werden.  
727 Auch ein stärkeres Engagement der EU in Forschungs- und Modellprojekten sowie ein Wissens-  
728 und Erfahrungstransfer zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und  
729 Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten wollen wir fördern.

730 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern, fordern wir  
731 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der  
732 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten  
733 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

734 Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine große gesamteuropäische Aufgabe. Es  
wird

735 in den nächsten Jahrzehnten eine weitere Zunahme an pflegebedürftige und an Demenz  
erkrankte

736 Menschen geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes  
737 und aktives Leben zu ermöglichen.

738 Um mehr Innovationen im Bereich Pflege und Teilhabe voranzutreiben, wollen wir den  
739 europäischen Austausch über neue Ansätze stärken, beispielsweise zu inklusiven Wohn- und  
740 Pflegeformen, quartiersorientierter Unterstützung und persönlicher Assistenz. Auch pflegende  
741 Angehörige und Nahestehende wollen wir besser unterstützen und entlasten. Deshalb setzen  
wir  
742 uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass pflegende Angehörige, in der Mehrzahl sind es  
743 Frauen, gut sozial abgesichert sind und nicht aufgrund von Pflegaufgaben in die Altersarmut  
744 geraten. Ihre in der Pflege erworbenen Fähigkeiten sollen anerkannt werden und der Zugang zu  
745 Weiterbildungsangeboten gefördert werden. Die Vorgaben aus der UN-  
746 Behindertenrechtskonvention wollen wir auch in der Pflege umsetzen

#### 747 **Cannabis europaweit legalisieren**

748 Wir setzen uns auch in Europa für eine zeitgemäße Drogenpolitik ein, die Gesundheit und  
749 Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die kriminellen Strukturen hinter dem  
750 Drogenhandel effektiv bekämpft. Auch in Europa brachte der rein repressive Umgang mit  
Drogen  
751 mehr Leid als Segen, tausende Drogentote und eine wichtige Einnahmequelle für die  
752 organisierte Kriminalität. Es braucht eine an der Wissenschaft und risikobasierten  
753 Betrachtung ausgerichtete Drogenpolitik. An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin  
754 zu einem risikobasierten Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Mit der Regulierung von  
755 Cannabis setzen wir auf Vernunft statt Kriminalisierung. Wir streben eine europaweite  
756 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an.  
757 Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit  
758 Cannabis enge Grenzen. Wir wollen es erweitern, so dass jedes Land selbst entscheiden kann.  
759 Gleichzeitig stärken wir Prävention und Jugendschutz.

760 Die Zunahme problematischen Drogenkonsums, neuer und synthetischer Substanzen und die  
Folgen  
761 sozialer Verelendung im öffentlichen Raum stellen eine große Herausforderung dar. Sie bergen  
762 Gefahren für Konsument\*innen, stellen Behörden vor besondere Herausforderungen und  
erfordern  
763 soziale Maßnahmen.  
764 Wir müssen wirksamer gegen unsichtbare und sichtbare Abhängigkeitsproblematiken vorgehen.

765 Daher intensivieren wir, im Sinne des Gesundheitsschutzes, länderübergreifendes  
766 Zusammenarbeiten. Darüber hinaus wollen wir die gesundheitliche Versorgung von Abhängigen  
767 verbessern, eine Abkehr der Repression im Umgang mit Konsument\*innen, die Stärkung sozialer  
768 Hilfestrukturen und besseren Zugang zu Therapieplätzen ermöglichen. Auch die Forschung zum  
769 Umgang mit psychoaktiven Substanzen, insbesondere zum medizinischen Nutzen, wollen wir in  
770 europäischen Forschungsverbänden weiter vorantreiben.

## 771 4. Bildung und Chancen

### 772 **Europas Hochschulen besser vernetzen**

773 Der Europäische Hochschulraum trägt dazu bei, die Hochschulausbildung in Europa  
 774 vergleichbarer und international wettbewerbsfähiger zu machen und ist für die Förderung von  
 775 akademischer Mobilität von unschätzbarem Wert. Europas Hochschulen sind ein wichtiger  
 776 Bestandteil des Bildungssystems, ein Ort der Gestaltung der Zukunft, der kritischen  
 777 Selbstreflexion der Gesellschaft und der sozialen sowie technologischen Innovationen. Wenn  
 778 wir sie vernetzen, können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den  
 779 ganzen Kontinent nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung und Stärkung von  
 780 europäischen Hochschulnetzwerken eingesetzt.

781

782 Wir fördern Anwendungen von Künstlicher Intelligenz und Learning Analytics im Bereich Lehre  
 783 und Bildung und wollen diese so gestalten, dass Lehrende, Studierende und Schüler\*innen  
 784 selbstbestimmt und souverän diese neuen Möglichkeiten anwenden können ohne beispielsweise  
 in

785 digitalen Prüfungen automatisiert überwacht zu werden. Der Zugang zu diesen neuen  
 786 Anwendungen muss sozial gerecht und diskriminierungsfrei gestaltet werden.

787 Im Sinne der Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European Degree) unterstützen  
 wir

788 die Weiterentwicklung des „European Approach“ im Rahmen des Bologna-Prozesses, um die  
 789 Anerkennung gemeinsamer Studiengänge („Joint Programmes“) und gemeinsamer  
 Studienabschlüsse

790 („Joint Degrees“) zu erleichtern und Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen  
 791 zu schaffen.

792 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche in Museen,  
 793 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue Horizonte. Viele  
 794 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für Studierende aus  
 795 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen  
 796 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card (ESC) und dem  
 797 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen  
 798 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten  
 799 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten und  
 800 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

### 801 **Berufsabschlüsse europaweit anerkennen**

802 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten, eröffnet viele  
 803 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben wir mit  
 804 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der EU  
 805 geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem Land in  
 806 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und Absolvent\*innen,  
 807 auch in der beruflichen Weiterbildung, müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr  
 808 bürokratische Prozedur durchlaufen. Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger  
 809 eingestuft, teils ist die Anerkennung sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass  
 810 berufliche Ausbildungsabschlüsse und Bildungsabschlüsse im Rahmen des Europäischen

811 Qualifizierungsrahmens einfacher und schneller in jedem Land der EU gelten, statt mühsam  
812 anerkannt werden zu müssen.

813 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft kompliziert,  
814 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders kontraproduktiv. Für  
815 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis (EBA) in ihrem  
816 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die  
817 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen lassen zu  
818 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich erweitern.  
819 Wir wollen die Position der Bewerbenden verbessern indem europaweit vergleichbare  
820 Anerkennungsverfahren eingeführt und umfassender Orientierung und Unterstützung durch  
821 mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote angeboten werden.

## 822 **Politische Bildung gegen Desinformation**

823 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und  
824 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre Mittel:  
825 Desinformationen, Fake News und Manipulation ihrer Verteilmechanismen, sowie vorsätzliches  
826 Stören und Überfluten digitaler Debattenräume. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend  
827 und versuchen, den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren.  
828 Ihre Verschwörungsmythen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und  
829 europäisch  
829 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische  
830 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische  
831 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und junge  
832 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger\*innen als Informationsquelle zur Verfügung  
833 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen. Diese Europäische Zentrale für  
834 politische Bildung soll auch den Menschen in den EU-Beitrittskandidatenländern offen stehen.  
835 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse zielgruppengerecht  
836 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in Zeiten von  
837 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und Aufklärung auch  
838 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach klaren  
839 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir unsere  
840 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

## 841 **Mit Erasmus Europa kennenlernen**

842 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der EU. Über  
843 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und  
844 berufliche  
844 Austausch ermöglicht.

845 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr Menschen  
846 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für Urlaub oder  
847 Austauschzeit im Ausland fehlt. Das bedeutet, dass wir die finanzielle Förderung für  
848 Auslandsaufenthalte stärken müssen. Wir setzen uns deshalb für einen Ausbau der

849 Erasmusmittel ein. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause ins Ausland zu gehen,  
850 und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie leisten zu können, eine  
851 Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-Teilnehmer\*innen  
852 einführen, das es ihnen zum Beispiel ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos zum Wohnort  
853 und zurück zu fahren.

854

855 Um Auslandssemester leichter in den Ausbildungsplan zu integrieren, streben wir eine  
856 Harmonisierung der Semesterzeiten an.

857 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung  
858 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote (z.B. Informationen zu  
859 nationalen Anlaufstellen für Assistenz) vor und während der Projektdurchführung ausbauen  
860 sowie Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen und eine Abdeckung der Mehrkosten  
861 sicherstellen.

862 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung  
863 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie Informationen  
864 barrierefrei zur Verfügung stellen.

865

866 Wir wollen mit dem Vereinigten Königreich Wege finden, wie Menschen auf beiden Seiten nach  
867 dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

868 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das Programm  
869 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele Möglichkeiten,  
870 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit besseren  
871 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen wir  
872 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

873

874 Wir wollen durch Unterstützungsangebote für kleine Handwerksbetriebe möglichst vielen  
875 Auszubildenden die Teilnahme am Erasmus+ Programm ermöglichen.

876 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die Jugendarbeit. Mit Blick  
877 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür  
einsetzen,

878 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

## 879 5. Europas Jugend

### 880 **Jugend beteiligen**

881 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis füreinander. Um dies  
882 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine außerordentliche  
883 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen und europaweit

884 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die  
885 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer  
886 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von  
887 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert.  
888 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über

889 Erasmus+ aus. Insbesondere für junge Menschen in unseren östlichen Nachbarländern, wie  
890 Polen

891 oder Tschechien wollen wir Europa erlebbarer und erfahrbarer machen. Wir wollen die  
892 europäische Jugendarbeit stärken und dabei Osteuropa in den Fokus nehmen.

893 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort  
894 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind derzeit im  
895 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in Deutschland  
896 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür  
897 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit  
898 wird.

898 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa strukturell weiter  
899 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal für die  
900 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene geschaffen, dieser  
901 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die Ergebnisse  
902 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission einfließen  
903 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter\*innen künftig regelmäßig im Europäischen  
904 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem die  
905 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen. In der EU-  
906 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir wollen  
907 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen junger  
908 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Dafür müssen bestehende Beteiligungsformate für  
909 junge Menschen sinnvoll miteinander verknüpft, strukturell abgesichert und ihre Anbindung an  
910 nationale Beteiligungsstrukturen sichergestellt werden.  
911 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet  
912 wird.

### 913 **Freiwilligendienste ausbauen**

914 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der Zivilgesellschaft  
915 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen Europäer\*innen ist  
916 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der Demokratieförderung,  
917 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

918 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen, gerade  
919 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen wir für  
920 bessere Rahmenbedingungen wie eine angemessene Aufwandsentschädigung sorgen,  
921 damit

922 Engagement etwas ist, das sich jede und jeder leisten kann. Für die Durchführung von  
923 Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände und Organisationen, die sie  
924 anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der Demokratie und des  
925 zivilgesellschaftlichen Engagements.

926 Mit einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FEÖJ bzw. EYE - European Year for Ecology)  
927 ermöglichen wir jungen Menschen ab 18 Jahren den interkulturellen europäischen Austausch im  
928 Bereich des Naturschutzes und schaffen so die Möglichkeit sich für Europas Natur  
929 einzusetzen. Durch das FEÖJ wollen wir junge Menschen motivieren sich für Jobs im Klima- und  
930 Umweltbereich fit zu machen und zu qualifizieren.



931 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die Erfahrungen,  
932 das Wissen und das Engagement von Senior\*innen in ganz Europa fruchtbar machen: Viele von  
933 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit einem  
934 europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior\*innen überall in  
935 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten können.

### 936 **Europa entdecken**

937 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal im Jahr  
938 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann in einem  
939 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können. Gemeinsam mit  
940 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie vielfältig  
941 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig noch  
942 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse zu  
943 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen Menschen aus  
944 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen, dass Gruppen  
945 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

## 946 **6. Für ein altersgerechtes Europa**

947 Das Durchschnittsalter der Menschen in Europa ist das höchste aller Weltregionen, Tendenz  
948 steigend. Wir wollen, dass der demografische Wandel als Herausforderung und als Chance für  
949 uns alle betrachtet wird. Das Wissen, die Lebenserfahrung und die Aktivität der älteren  
950 Bürger\*innen Europas können ein wichtiger Faktor für den Zusammenhalt der Gesellschaft sein.  
951 Das beweisen tausende ehrenamtlich engagierte Alte jeden Tag.  
952 Ältere Menschen werden in vielen Lebenszusammenhängen diskriminiert oder ausgegrenzt, dies

953 ist aber oft nicht sofort als solches erkennbar. Deshalb wollen wir ältere Menschen in ganz  
954 Europa besser vor Diskriminierung am Arbeitsplatz und im Alltag schützen und  
955 Chancengleichheit herstellen. Barrierefreiheit in der Arbeitswelt und im öffentlichen Raum  
956 sind von Bedeutung.

957 Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Kommunen und Regionen in Europa dem globalen  
958 Netzwerk altersfreundlicher Städte und Gemeinden „Age friendly cities and communities“ der  
959 Weltgesundheitsorganisation WHO beitreten. Altersfreundliche Städte und Gemeinden sind  
960 gleichzeitig kinder-, familien- und behindertengerecht.

961 Ziel des Netzwerks ist unter anderem Menschen zu ermöglichen in ihrem Lebensumfeld gesund,

962 sicher und unabhängig zu altern. Auch Alten im hohen Alter und bei zunehmenden,  
963 altersbedingten Einschränkungen sollen in den eigenen vier Wänden bleiben können.

964 Dazu gehören barrierefreie öffentliche Verkehrsnetze und Wohnungsbau sowie  
965 Hitzeschutzmaßnahmen für Ältere. Zudem setzen wir uns für mehr öffentliche Orte und  
966 Gelegenheiten ein, die so gestaltet sind, dass sich die Generationen im Alltag begegnen,  
967 interagieren und voneinander lernen können.

968

969 Um die Situation älterer Menschen international zu verbessern, werden wir uns für eine UN -  
970 Konvention für die Rechte Älterer Menschen einsetzen.

971 Jeder Mensch in Europa soll die Möglichkeit bekommen, jede andere europäische Sprache  
 972 kostenlos und diskriminierungsfrei zu erlernen. Dafür wollen wir uns für die Schaffung einer  
 973 „Europäischen Sprach-Lern-App“ einsetzen, mit der jede andere europäische Sprache erlernt  
 974 werden kann. So stärken wir die europäische Identität.

## 975 7. Verbraucherschutz

### 976 **Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen**

977 Der Rechtsschutz der Verbraucher\*innen macht die EU zu einer Union der starken Bürger\*innen.

978 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen Binnenmarkt  
 979 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert Konsum,  
 980 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur Vorreiterin:  
 981 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer\*innenfreundlicher Strommarkt, moderne Infrastruktur oder  
 982 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

983 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile Endgeräte,  
 984 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische Standard  
 985 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und erleichtert  
 986 merklich das Leben der Verbraucher\*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum digitaler  
 987 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose  
 988 Ladetechnologien mit einschließen.

989 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,  
 990 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher\*innen bessere  
 991 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass relevante  
 992 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

993 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur  
 994 Konsument\*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen. Ein  
 995 kaputter Smartphoneakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine Neuanschaffung

996 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen verlängert sich  
 mit

997 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare Produkte die  
 998 Geldbeutel der Bürger\*innen entlasten. Updatezyklen sowie auslaufende Update-Zeiträume  
 999 müssen auf nachvollziehbaren und rationalen Kriterien beruhen. Es ist nicht im Sinne der  
 1000 Verbraucher\*innen, wenn sie durch kurze Updatezeiträume gezwungen werden, neue Geräte zu  
 1001 kaufen. Dieser „geplanten Obsoleszenz“ im Hard- und Softwarebereich wollen wir einen Riegel  
 1002 vorschieben.

1003 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur Selbstverständlichkeit.

1004 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen

Gebrauchsgegenständen

1005 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher Halb-  
 1006 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um Sicherheit  
 1007 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen ein  
 1008 Register für Nanopartikel.

1009 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der Verbraucher\*innen  
1010 gestalten, damit die Preisvorteile der erneuerbaren Energien in der Breite ankommen. Mit  
1011 transparenten und möglichst geringen Infrastrukturkosten sowie der Entkopplung des  
1012 Verbrauchspreises von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des Emissionshandels,  
1013 sowie intelligentem Lastmanagement bleibt der Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei  
1014 ihnen.

1015 Wir schützen die Stromverbraucher\*innen vor hohen Kosten, indem wir die Förderung von  
1016 erneuerbaren Energien durch eine Deckelung der Erlöse ergänzen. Wir stärken außerdem die  
1017 Teilhabe von Verbraucher\*innen durch die Ermöglichung zeitflexibler Stromtarife und  
1018 vereinfachtes Prosuming. Dadurch gelingt die einfache Integration von beispielsweise  
1019 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

1020

1021 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Schutz von Konsument\*innen im Bereich  
1022 medizinischer Produkte und Hilfsmittel. Häufig wird die Notlage besonders verletzlicher  
1023 Verbraucher\*innen ausgenutzt. Wir wollen vor allem ältere Menschen, pflegende Angehörige  
und

1024 Menschen mit Behinderungen vor ungeeigneten oder überteuerten Produkten schützen und  
ihnen

1025 den Zugang zu individuell passenden Hilfsmitteln ermöglichen.

1026 Zur Bekämpfung der Suchtmechanismen von Wetten, Glücksspiel und Games im Internet, die  
Nutzer

1027 zu immer mehr Geldeinsatz verführen wollen, werden wir Mechanismen mit Suchtpotential  
1028 einfacher erkennbar machen und bei der Alterseinstufung europaweit einheitlich stärker  
1029 berücksichtigen.

### 1030 **Fahrgastrechte garantieren**

1031 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger\*innen komfortabel und sicher nutzbar sein.  
1032 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden – ganz  
1033 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir mit einem  
1034 anbieterübergreifenden Ticketing-System Buchungsplattformen in die Lage versetzen,  
1035 grenzübergreifend durchgängige Fahrkarten anzubieten, die das Reisen mit dem Zug  
1036 attraktiver machen und den Planungsaufwand erheblich senken. Den Bedürfnissen von  
Menschen

1037 mit Behinderung soll im Reiseverkehr besondere Bedeutung beigemessen werden.

1038

1039 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die Entschädigung für  
1040 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75 Prozent nach  
1041 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert. Im Sinne des Rechts  
1042 auf barrierefreie Mobilität setzen wir uns für Kostenübernahme für alternative  
1043 Transportmöglichkeiten ein, wenn die zugesagte Barrierefreiheit nicht eingehalten wurde.

1044 Darüber hinaus sollen die Rechte von Unionsbürger\*innen, insbesondere von  
Grenzgänger\*innen,

1045 auch bei regional unterschiedlichen Unternehmen gelten. Wir setzen uns für einheitliche  
1046 Mindeststandards im Nah- und Regionalverkehr ein. Diese sollen auch für ermäßigte Tickets  
1047 und unterbrochene Reiseketten gelten.

1048 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel ankommen.  
1049 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im Verbraucherschutz bei  
1050 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch der  
1051 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von Flugreisen.

1052 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in die Verordnung  
1053 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information der  
1054 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. Hinweise auf den Anspruch auf  
1055 Entschädigung sollen durchgängig prominent platziert werden. So stärken wir den Anspruch der  
1056 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen.

1057 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die Regelungen zur  
1058 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für eine  
1059 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente Preisgestaltung für  
1060 alle Gepäckvarianten ein.

1061 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass alle  
1062 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

### 1063 **Vor Kostenfallen schützen**

1064 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine erhebliche  
1065 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung sein.  
1066 Verbraucher\*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge zu kündigen,  
1067 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der Kündigung. Die  
1068 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur Kostenfalle.  
1069 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen leicht  
1070 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir sorgen so für

1071 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird die  
1072 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die Beweislast  
1073 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist diese nicht  
1074 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher\*innen: Verträge sollen  
1075 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir setzen  
1076 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben Kund\*innen so  
1077 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.